

Bardt, Hubertus

Working Paper

Trump oder Harris oder ...? Worauf sich Europa einstellen muss: Szenarien für die nächste US-Präsidentschaft

IW-Policy Paper, No. 5/2024

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Bardt, Hubertus (2024) : Trump oder Harris oder ...? Worauf sich Europa einstellen muss: Szenarien für die nächste US-Präsidentschaft, IW-Policy Paper, No. 5/2024, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/300684>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Trump oder Harris oder ...? Worauf sich Europa einstellen muss

Szenarien für die nächste US-Präsidentschaft

Hubertus Bardt

Köln, 23.07.2024

IW-Policy Paper 5/2024

Aktuelle politische Debattenbeiträge



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autoren

Prof. Dr. Hubertus Bardt

Geschäftsführer

bardt@iwkoeln.de

0221 – 4981-750

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Juli 2024

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Vier Jahre später – und keinen Schritt weiter?	5
2 Ökonomische Entwicklung	6
3 Szenario Harris (oder ein anderer Demokrat)	9
4 Szenario Trump.....	12
5 Risiko Übergang.....	16
6 Wie muss sich Europa aufstellen?.....	17
7 Abstract.....	19
Literatur	21

JEL-Klassifikation

E6 – Wirtschaftspolitik USA

F13 – Handelspolitik USA

D72 – Wahlen USA

Zusammenfassung

Wenige Monate vor der Präsidentschaftswahl in den USA hat Donald Trump gute Chancen auf eine Wiederwahl. Auf Seiten der Demokraten hat der amtierende Präsident seine Kandidatur nach langem Zögern zurückgezogen, Vizepräsidentin Kamala Harris wird mit hoher Wahrscheinlichkeit für die Demokraten antreten. Für die Wirtschaftspolitik und die für Europa besonders relevanten Fragen der internationalen Politik sind damit sehr unterschiedliche Politikszenerarien verbunden.

Aus den Erfahrungen der beiden Amtszeiten Trump und Biden/Harris lassen sich Rückschlüsse auf die zukünftige Wirtschaftspolitik ziehen. Während Trump auf Steuersenkungen und Deregulierung setzte, haben Biden/Harris mit dem Inflation Reduction Act ein breites Unterstützungsprogramm aufgesetzt. Es ist zu vermuten, dass beide Politikansätze in einer zweiten Amtszeit weiter beziehungsweise wieder zum Tragen kommen würden und Kamala Harris die Politik der bisherigen Administration im Grundsatz fortsetzen würde. Der Inflation Reduction Act würde zwar nicht durch ein neues Programm in ähnlicher Dimension abgelöst, aber auch unter keinem der Präsidenten vollständig abgeschafft werden. Dazu sind die aus dem Programm finanzierten Investitionen auch unter Republikanern zu populär. Erhebliche Unterschiede gäbe es in der Steuerpolitik. Unter einer demokratischen Präsidentschaft würden Teile der Trumpschen Steuersenkungen nicht verlängert, insbesondere für Höchstverdienende. Unter Trump würde eine Fortsetzung der Politik der Steuersenkungen und eine weitere Deregulierung – auch und insbesondere mit Blick auf Klima- und Umweltanforderungen – erfolgen. Eine klimapolitische Selbstbindung wäre unter Trump ebenso unwahrscheinlich wie eine ambitionierte nationale Klimapolitik. Im Gegenteil hat er den Ausbau fossiler Energieträger mit dem Ziel einer möglichst billigen Energieversorgung angekündigt. Der Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der jeweiligen Amtszeiten kann kein eindeutiges Ergebnis abgeleitet werden. Trumps wirtschaftliche Bilanz war zuletzt geprägt durch die Corona-Krise, unter Biden/Harris hat ein eindrucksvoller Erholungsprozess eingesetzt.

Eine Wahl der bisherigen Vizepräsidenten Harris würde für Europa im Wesentlichen die Fortsetzung der bisherigen Politik sein. Handelspolitisch sind weiterhin keine größeren Initiativen zu erwarten, aber auch keine erratischen Verschärfungen. Bidens und Harris' Politik kann als gemäßigt-protektionistisch charakterisiert werden. Die prinzipielle Unterstützung multilateraler, regelgebundener Kooperation kommt nur teilweise zum Tragen. Harris würde vermutlich auch als Präsidentin keine neuen Freihandelsabkommen anstreben. Sie würde sich in Fortsetzung der bisherigen Politik vermutlich für eine stärkere Diversifizierung der Lieferketten und eine gemeinsame Haltung des freien Westens gegenüber China einsetzen. Hier gibt es gute Ansatzpunkte für die Kooperation mit der Europäischen Union (EU).

Eine zweite Amtszeit Trumps wäre hingegen von Unberechenbarkeit, Aggressivität und verstärktem Protektionismus geprägt. Sowohl die europäische Sicherheit als auch die Außenhandelsorientierung Europas stünden in diesem Fall vor großen Herausforderungen. Er würde Zölle als Druckmittel einsetzen, um kurzfristige Vorteile für die USA zu erzielen, und die multilateralen Regelsysteme und Institutionen geringschätzen oder gar verlassen. Trump hat angedroht, einen protektionistischen Schutzwall um die USA zu errichten. Auch in der Sicherheitspolitik müsste sich Europa neu aufstellen, wenn der Schutz durch die Nato geschwächt würde.

Gerade für den Fall einer Wiederwahl von Donald Trump muss sich Europa vorbereiten. Dazu gehört, dass klare Prioritäten gesetzt werden müssen, um zu wissen, wo Zugeständnisse gemacht werden können und wo nicht. Offene Flanken wie die berechtigte Kritik an zu geringen Verteidigungsausgaben müssen zügig geschlossen werden. Zudem müssen Angebote vorbereitet und zurückgehalten werden, selbst wenn die Maßnahmen für sich allein vorteilhaft wären. Und schließlich müssen Gegenpositionen entwickelt werden, mit denen beispielsweise auf Zolldrohungen reagiert werden kann. Nur in einer klaren Positionierung können europäische Interessen bei einem Deal-Maker-Präsident Trump gewahrt werden.

1 Vier Jahre später – und keinen Schritt weiter?

Vier Jahre nach der letzten US-Präsidentschaftswahl stehen sich erneut ein demokratischer Kandidat – vermutlich Vizepräsidentin Kamala Harris – und Donald Trump als Herausforderer gegenüber. Trump wäre damit der erste US-Präsident, der nach seiner Abwahl erneut für eine zweite Amtszeit gewählt würde. Während Europa und viele US-amerikanische Beobachter 2016 vom Sieg Trumps über Hillary Clinton überrascht wurden, wurde seine mögliche Wiederwahl 2020 als ernstes Risiko wahrgenommen. Der Ausgang der Wahl am 5. November ist im Sommer des Jahres noch völlig offen (FiveThirtyEight, 2024). Amtsinhaber Joe Biden ist kurzfristig aus dem Rennen ausgeschieden, die demokratische Kandidatur ist ungeklärt, auch wenn Harris als Favoritin gilt. Die schlechte Performance von Biden bei der ersten Debatte mit Trump und die anschließende wochenlange innerparteiliche Diskussion vor dem Rückzug Bidens haben die Chancen der Demokraten gefährdet. Auch die Verurteilung von Donald Trump in New York hat nicht zu einer Abkehr der Wählerschaft oder einem klaren Vorsprung der Demokraten geführt. In kurzer Folge wurde das Verfahren gegen Trump wegen des Umgangs mit Geheimdokumenten nach seinem Ausscheiden aus dem Weißen Haus abgewiesen (dies ist kein Freispruch in der Sache, sondern eine Frage des Verfahrens zur Einsetzung des anklagenden Sonderermittlers gewesen), ein Attentat auf Trump verübt und der republikanische Parteitag mit der Nominierung von Donald Trump und James David Vance als Kandidaten für das Weiße Haus abgehalten. Die politische Dynamik unterstützte damit Trump, dennoch ist das Rennen vier Monate vor der Wahl insbesondere mit dem Neustart der Demokraten mit einem neuen Kandidaten alles andere als entschieden.

Trump bringt eine enthusiastische Anhängerschaft mit und gilt bei vielen traditionellen Republikanern als das kleinere Übel im Vergleich mit dem linken Flügel der Demokraten. Biden hingegen hat für einen amtierenden Präsidenten außerordentlich schlechte Zustimmungswerte. Viele Anhänger sind enttäuscht. Ob die bisherigen Wähler ausreichend motiviert werden können, erneut für die Demokraten zur Wahl zu gehen, um Donald Trump zu verhindern, wird sich zeigen. Auch die letzte Wahl war gemessen an der Verteilung der Wahlmänner eng und hing an den knappen Ergebnissen in wenigen Swing-States. Die schlechte Performance der Trump-Administration im Umgang mit der Covid-Krise und die Diskreditierung der Briefwahl durch die Republikaner waren 2020 Vorteile für den demokratischen Herausforderer, die so heute nicht mehr wirken. Auch die republikanische Partei hat zwischenzeitlich begonnen, für eine frühzeitige Briefwahl zu werben. Umgekehrt könnte die viel diskutierte Frage der Abtreibungsgesetzgebung Demokraten für die zeitgleich stattfindenden Wahlen und Abstimmungen auf Staatsebene motivieren und zugleich ihre Stimmen für Harris oder einen anderen Demokraten abgeben.

Ebenso offen wie die Präsidentschaftswahl ist auch der Ausgang der Wahlen zum Senat und zum Repräsentantenhaus. Unter den neu zu vergebenen Senatsplätzen sind verhältnismäßig viele bisher von Demokraten gehalten, sodass ein Wechsel zu einer republikanischen Mehrheit als möglich und nicht unwahrscheinlich ist. Nach zwei und vier Jahren stehen jeweils eher republikanische Senatoren zur Wiederwahl, sodass eine Mehrheit der Republikaner von kurzer Dauer sein kann. Beim Repräsentantenhaus ist der Ausgang noch offener. Unterstellt man, dass der Senat für die nächsten beiden Jahre republikanisch dominiert wird und das Repräsentantenhaus eine Mehrheit der Partei des neu gewählten Präsidenten hat, ergeben sich zwei zentrale Szenarien: Ein demokratischer Präsident hätte vermutlich keine Senatsmehrheit. Bei einer Wiederwahl von Donald Trump könnte dieser hingegen möglicherweise für zwei Jahre mit einer Mehrheit in beiden Häusern regieren, könnte die Senatsmehrheit aber nach zwei Jahren verlieren. Umkehrt muss ein demokratischer Durchmarsch, der Harris oder ein anderer Demokrat mit einer Mehrheit in beiden Häusern regieren könnte, als insgesamt unwahrscheinlich angesehen werden. Wenn Harris gewählt wird, könnte weiterhin auf Executive Orders angewiesen sein und könnte mit größeren Schwierigkeiten bei der Bestätigung von Kandidaten für wichtige Ämter zu kämpfen haben.

Auch nach der Abwahl von Donald Trump 2020 ist die Rückkehr zur Normalität in der US-amerikanischen Politik nicht gelungen. Die Spaltung der politischen Öffentlichkeit und das destruktive Gegeneinander der politischen Akteure besteht weiterhin fort. Die Radikalität der Trump-Republikaner ist nicht verschwunden. Nach der höheren Verbindlichkeit der Regierungspolitik, die mit der Biden-Wahl wahrgenommen wurde, droht nun eine neue Phase der Unsicherheit und möglicherweise mehrere Jahre der Unberechenbarkeit.

2 Ökonomische Entwicklung

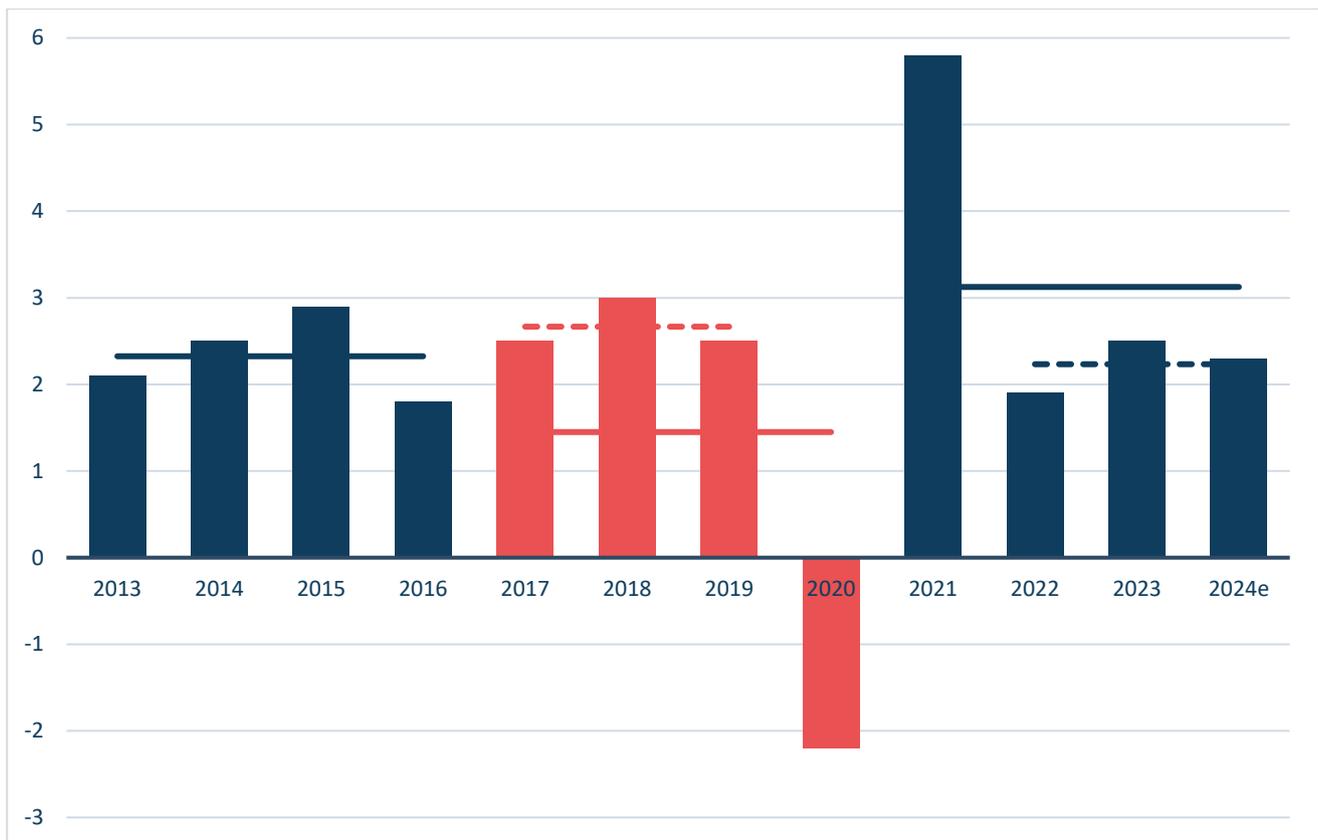
Da sich Donald Trump für eine zweite Amtszeit bewirbt und Kamala Harris bisher als Vizepräsidenten gewirkt hat, kann die jeweilige Amtszeit als Maßstab für die wirtschaftliche Performance herangezogen werden. Wähler sind nicht allein auf die Reden und – mehr oder weniger verbindlichen – Programmausteine angewiesen. Die Kampagnen-Plattformen sind wesentlich limitierter und unverbindlicher als die in Deutschland bekannten Wahlprogramme, die dann Basis von Koalitionsverträgen und schließlich der Regierungspolitik werden. Die wirtschaftspolitische Bilanz kann daher als Entscheidungsmaßstab für die Wahlentscheidung herhalten.

Die wirtschaftlichen Erfolgsbilanzen der bisherigen Amtszeiten sind nicht eindeutig. Der Blick auf die Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts wird gestört durch die massiven negativen Einflüsse der Corona-Krise 2020 unter Donald Trump und der Erholung im Folgejahr 2021 unter Joe Biden als Präsident und Kamala Harris als Vizepräsidentin. In der zweiten Amtszeit Obamas, die im Gegensatz zur ersten mit der Finanzkrise begonnenen Periode nicht durch schwere Krisenfolgen geprägt war, lag das durchschnittliche Wachstum des US-Bruttoinlandsprodukts preisbereinigt bei 2,3 Prozent (Abbildung 2-1). Während der ersten drei Trump-Jahre lag dieser Wert mit 2,7 Prozent leicht höher, in den letzten drei Biden/Harris-Jahren mit 2,3 Prozent minimal niedriger (für 2024 ist der Durchschnittswert der Prognosen von Consensus Economics (2024) berücksichtigt). Da wirtschaftspolitische Maßnahmen immer erst mit einer gewissen Zeitverzögerung wirken und die wirtschaftliche Entwicklung zudem vielen externen Einflüssen unterliegt, kann

hieraus keine eindeutige Bewertung der jeweiligen Wirtschaftspolitiken abgeleitet werden. Prägend war zudem im Übergang von Trump zu Biden/Harris der massive Einbruch der Wirtschaftsleistung aufgrund der Corona-Pandemie 2020 sowie die starke Erholung 2021. Berücksichtigt man diese Werte, sehen die vier Trump-Jahre mit nur 1,5 Prozent deutlich schlechter aus als die Biden/Harris-Zeit mit 3,1 Prozent. Es wäre jedoch unangemessen, diese Werte auf die jeweiligen Präsidenten zurückzuführen. Möglich ist jedoch, dass der Einbruch aufgrund des Umgangs mit der Pandemie stärker – oder auch weniger stark – ausgefallen ist. Auch das Ausmaß des Wiederaufschwungs und die tendenziell inflationsfördernden Nebenwirkungen sind mit der Politik der Administration verbunden (Kunath/Matthes/Obst, 2022), die ihre wirtschaftspolitische Konzeption im Wahlkampf 2020 unter das Motto „Build Back Better“ gestellt hatte (Bardt/Kolev, 2020).

Abbildung 2-1: Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts während der Amtszeiten Obama (2. Amtszeit), Trump und Biden/Harris

In Prozent gegenüber Vorjahr, 2024: Schätzung Consensus Economics; Linien: Durchschnitte der Amtszeiten (gestrichelt: ohne Corona-Krise 2020 und Erholung 2021)



2013-2016: 2. Amtszeit Obama, 2017-2020: Trump, 2021-2024 Biden/Harris

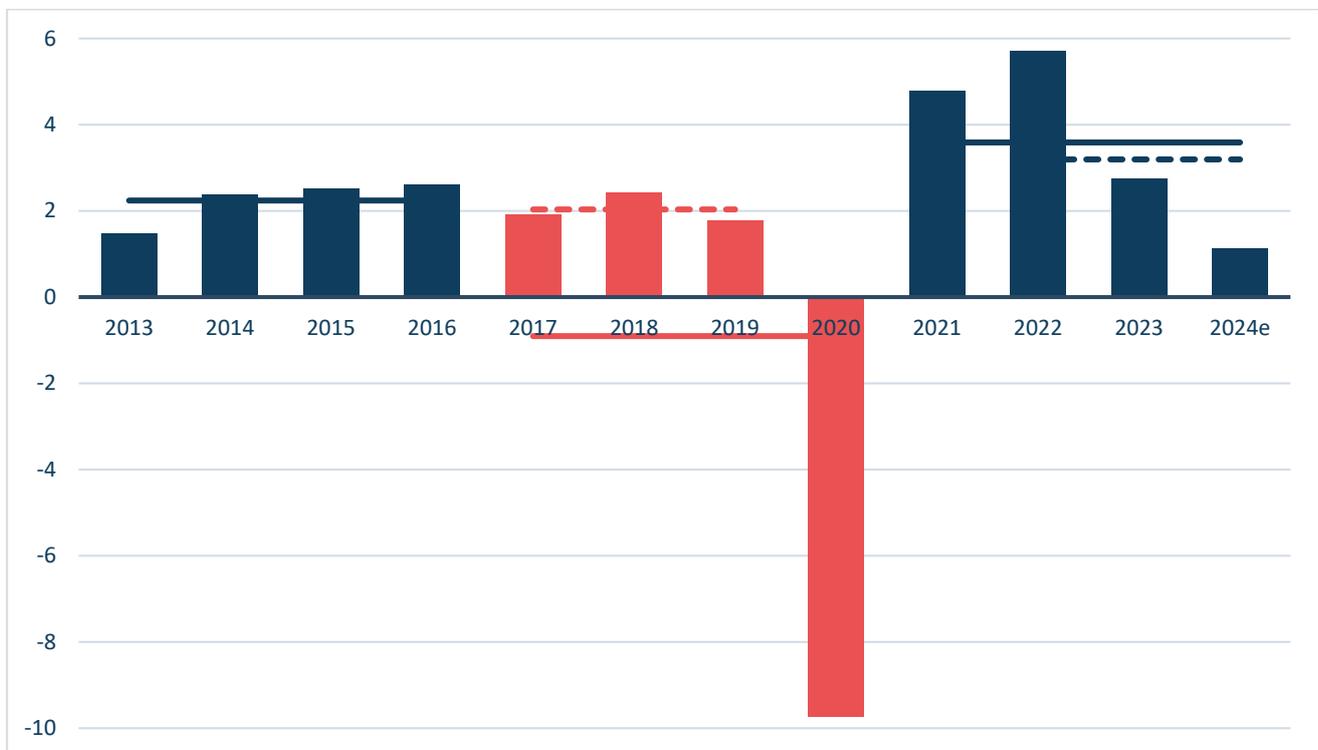
Quellen: Bureau of Economic Analysis; Consensus Economics; IW

Etwas deutlicher sind die Unterschiede bei der Beschäftigung. So stieg die Beschäftigung in der zweiten Obama-Amtszeit jährlich um gut 2,2 Millionen an, in der Trump Amtszeit waren es mit 2,0 Millionen etwas weniger (Abbildung 2-2). Der Einbruch um 9,7 Millionen Jobs im Corona-Jahr konnte in den beiden

Folgejahren um 0,8 Millionen überkompensiert werden. 2021 und 2022 nahm die Zahl der Stellen um insgesamt 10,5 Millionen zu. 2023 ging der Anstieg auf 2,7 Millionen Jobs zurück, für 2024 schätzt der IMF eine Zunahme von 1,1 Millionen. Im Durchschnitt der letzten drei Jahre in Joe Bidens und Kamala Harris' Amtszeit wurden 3,2 Millionen Jobs geschaffen, in den vollen vier Jahren waren es sogar durchschnittlich 3,6 Millionen. Erst mit den letzten beiden Jahren ging der Zuwachs auf durchschnittlich 1,9 Millionen zurück, knapp unter den früheren Werten – mit abnehmender Tendenz.

Abbildung 2-2: Veränderung der Beschäftigung während der Amtszeiten Obama (2. Amtszeit), Trump und Biden/Harris

In Millionen gegenüber Vorjahr, 2024: Schätzung IMF; Linien: Durchschnitte der Amtszeiten (gestrichelt: ohne Corona-Krise 2020 und Erholung 2021)



2013-2016: 2. Amtszeit Obama, 2017-2020: Trump, 2021-2024 Biden/Harris

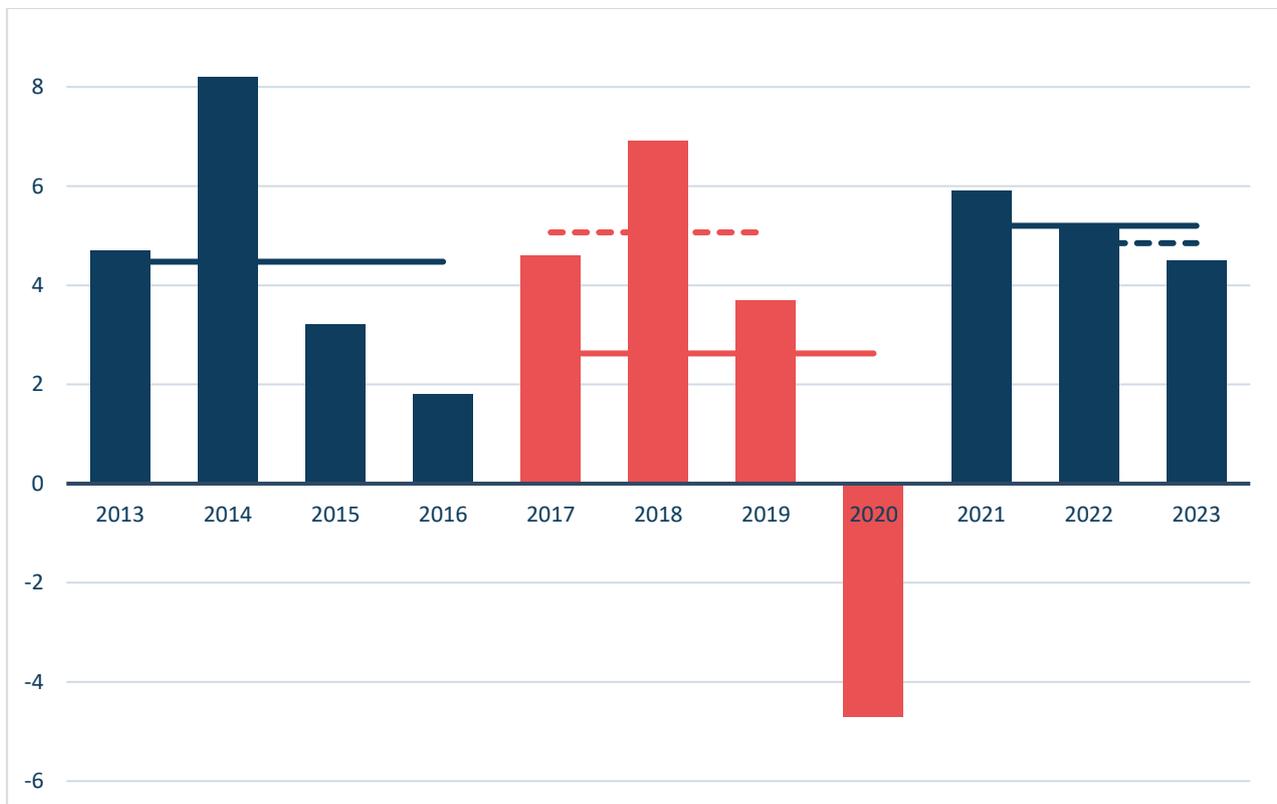
Quellen: IMF; IW

Auch die Entwicklung der Investitionen (ohne Wohnungsbau) zeigen keine dramatischen Veränderungen (Abbildung 2-3). Die Jahre der Amtszeiten Trump und Biden/Harris – ohne 2020 und 2021 – haben leicht höhere Wachstumsraten ausgewiesen als die zweite Obama-Periode. Auffallend ist, dass unter Biden/Harris drei Mal in Folge ein Wachstum der Investitionen von real über 4 Prozent verzeichnet wurden. Dies passt zu der investitionsorientierten Ausgabenpolitik der aktuellen Administration, die mit dem Inflation Reduction Act und dem Infrastructure Investment and Jobs Act erhebliche Mittel zur Investitionsförderung bereitstellt.

Der Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Performance der unterschiedlichen Amtszeiten ergibt kein eindeutiges Ergebnis. Für die Geschäftswelt sind die unter Trump vorgenommenen Steuersenkungen und Deregulierungsansätze sowie die gute Entwicklung des Aktienmarkts positiv in Erinnerung. Umgekehrt hat die Bevölkerung aktuell die hohe Inflation der letzten Jahre vor Augen und schätzt die Lage pessimistisch ein. Beide Wahrnehmungen stärken tendenziell den Kandidaten Trump.

Abbildung 2-3: Veränderung der Investitionen (ohne Wohngebäude) während der Amtszeiten Obama (2. Amtszeit), Trump und Biden/Harris

In Prozent gegenüber Vorjahr; Linien: Durchschnitte der Amtszeiten (gestrichelt: ohne Corona-Krise 2020 und Erholung 2021)



2013-2016: 2. Amtszeit Obama, 2017-2020: Trump, 2021-2024 Biden/Harris

Quellen: Bureau of Economic Analysis; IW

3 Szenario Harris (oder ein anderer Demokrat)

Kamala Harris würde sich, wenn Sie die Nominierung auf dem demokratischen Parteitag erhält und gewählt wird, von der Vizepräsidentin zur Präsidentin aufsteigen und damit ein hohes Maß an Kontinuität vermuten lassen. Aber auch von einem anderen Kandidaten der Demokraten wäre keine grundlegende Kursänderung zu erwarten. Die beobachtbare Politik der letzten Wahlperiode kann daher als Orientierung für die möglicherweise folgenden Jahre angesehen werden. Die Plattformen der Parteien haben nicht die vergleichsweise

hohe Bindungswirkung deutscher Wahlprogramme und Koalitionsvereinbarungen. Zur Abschätzung der zukünftigen Politik wird neben Aussagen der Kandidatin auch die Ergebnisse von Expertengesprächen vor Ort sowie Veröffentlichungen der Kampagne herangezogen. Angesichts der jüngsten Ereignisse wird zudem auf vorherige Überblicksartikel zur Positionierung von Kamala Harris herangezogen (Lester, 2020; PBS News, 2019; Politico, 2024; Swanson. 2019)

Handel

In der internationalen Handelspolitik führte die Administration Biden/Harris nicht in die prä-Trump-Ära mit Verhandlungen über große Handelsabkommen zurück. Im Gegensatz zu den Trump-Jahren wurde versucht, einige der bestehenden Handelskonflikte zu lösen, statt diese mit neuem Protektionismus zu verschärfen. Es kam – durchaus erwartbar – aber zu keiner neuen Freihandelsinitiative, die auch nur annähernd an die Verhandlungen über TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) und TTP (Trans-Pacific Partnership) heranreichte, wie sie in der Obama-Administration geführt wurden, in der Biden als Vizepräsident fungierte.

Unter Biden/Harris folgte eine tendenziell handelskritische Politik auf den offenen Protektionismus unter Trump. Die im Zuge der handelspolitischen Konfrontation von der Trump-Administration eingeführten Zölle gegenüber China sind nicht wieder zurückgenommen worden. Mit Blick auf Stahl und Aluminium und anderen Konflikten mit Europa gab es jedoch Fortschritte. Auch die bereits vor Trump begonnene Schwächung der Welthandelsorganisation (WTO) durch die verweigerte Nachbesetzung von Richtern wurde nicht beendet. Die Handelspolitik blieb verhältnismäßig passiv, es gab keine Rückkehr zur stärker von Initiativen geprägten Obama-Zeit. Im Gegensatz zu den Vorjahren wurde jedoch ein diplomatisches Miteinander mit den Handelspartnern gepflegt. Die multilateralen Institutionen wurden nicht infrage gestellt, mit dem Trade and Technology Council (TTC) wurde eine europäische Initiative aufgegriffen, um über strittige handels- und technologierelevante Fragen zu sprechen. Mit dem Inflation Reduction Act wurden jedoch neue Hürden für den Zugang ausländischer Unternehmen zu den aufgelegten Programmen errichtet, da die Förderung vielfach an strengere „Made in America“-Regeln gebunden sind. Dies ist zwar kein klassischer Protektionismus, zeigt aber, dass der Marktzugang in die USA nicht vereinfacht wird, um uneingeschränkt von den Vorteilen des Handels zu profitieren. Gegenüber China wird eine harte Politik fortgesetzt; so ist erneut mit höheren Zöllen auf anhaltende Marktverzerrungen reagiert worden.

Die insgesamt durchwachsene Bilanz der Biden-Administration in der Handelspolitik weckt auch für eine Harris-Präsidentschaft wenig Hoffnung auf eine grundlegende Korrektur. Fundamentale Initiativen beispielweise zu einem europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen sind weiterhin nicht zu erwarten. Fortschritte kann es lediglich in Einzelfällen und auf technischer Ebene geben. Bedeutsam wäre beispielsweise ein EU-US-Rohstoffabkommen, um die Versorgungssicherheit angesichts der chinesischen Dominanz zu begrenzen (Matthes, 2024). Eine einfache Kopie des japanisch-amerikanischen Abkommens ist dabei nicht vorstellbar, da darin Umwelt- und Sozialstandards nur rudimentär berücksichtigt worden sind.

Die Biden/Harris-Administration ist keine freihändlerische Regierung, vielmehr ist sie tendenziell handelskritisch eingestellt. Freier Handel wird nicht als für sich wichtig zur Wohlstandsmehrung angesehen, kann aber als Mittel eingesetzt werden, um andere Ziele einzusetzen. Dies kann die Beschäftigungssicherung im Inland, aber auch die Sicherung von Standards in den Lieferketten oder allgemeine Umweltziele sein. Diese

Perspektive dürfte unter einer Präsidentin Harris weiterhin ausgeprägt gelten. Gleichzeitig ist die Administration stärker multilateral aufgestellt als die Vorgängerin. Die multilateralen Regelsysteme und Institutionen werden generell als wichtig anerkannt, aber nicht systematisch gestärkt. Zumindest werden sie aber nicht angegriffen und infrage gestellt. Die WTO wird am Leben gehalten, aber in einem Zustand schwindender Relevanz belassen.

Mit Blick auf China dürfte auch eine weitere demokratische Administration ihren harten Kurs fortsetzen. Hier sehen beide Parteien den zentralen Konflikt der näheren Zukunft. Weiterhin ist daher mit dem Einsatz von Zöllen und Exportkontrollen zu rechnen. Dies wird verbunden mit der Sicherung von Lieferketten über stärkere Diversifizierung in befreundete Länder. Mit diesem Prozess ist auch die Hoffnung verbunden, Teile der Wertschöpfungskette wieder in die USA zurückzuholen. Der Technologieexport nach China wird gemäß dem Motto „small yard, high fence“ mit strikten Restriktionen auf wenige Technologien begrenzt, während der Rest des Handels weiterhin möglich sein soll. Für Biden ist aber auch im Konflikt mit China klar, dass Verbündete notwendig sind, um gemeinsame Ziele durchsetzen zu können. Auch unter Harris ist dies zu erwarten, auch wenn Sie bisher weniger außenpolitisch aktiv war und daher weniger Erfahrungen sammeln konnte. Die Chancen auf ein gemeinsames Vorgehen des freien Westens gegenüber China sind unter einem demokratischen Präsidenten deutlich höher als mit einer Trump-Administration, die noch stärker unilateral agieren dürfte.

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik der Biden/Harris-Administration war geprägt durch die Bekämpfung der Corona-Krise. Nach der schweren Rezession folgte ein dynamischer Aufholprozess. Politisch scheiterte zwar das „Bulding Back Better“-Paket der Demokraten an der konservativen Opposition und dem Widerstand aus den eigenen Reihen. Mit den Initiativen zum Ausbau der Infrastruktur und insbesondere dem Inflation Reduction Act (IRA) wurde jedoch ein stark fiskalisch expansives Programm der US-Regierung aufgelegt. Neben der Krisenreaktion wurden damit Klimaschutzinvestitionen angereizt und Investitionen in Produktionsausweitung in den USA gefördert. Für Investoren war die Förderung durch den IRA, die vergleichsweise niedrigen Energiepreise und vor allem die Geschwindigkeit und geringe Bürokratie bei Genehmigung und Förderung entscheidend für Investitionsentscheidungen in den USA. Eine erneute Auflage vergleichbarer Ausgabenprogramme in ähnlicher Größenordnung wäre in einer zweiten Amtszeit nicht zu erwarten. Zum einen ist eine derartige Krisenreaktion nicht mehr notwendig, zum anderen setzt die hohe Verschuldung der USA zunehmend fiskalische Grenzen. Ein neues Projekt mit vergleichbarer ökonomischer Bedeutung ist derzeit nicht absehbar und kann daher im Wahlkampf auch nicht beworben werden.

Mit den stärkeren klimapolitischen Ambitionen und der Präferenz für stärkeren Sozialschutz ist bei einer demokratischen Regierung eine tendenziell stärkere Regulierung in den verschiedenen Politikfeldern zu erwarten. Für ein Preismechanismus im Klimaschutz wären klare Mehrheiten erforderlich, mit der Einführung eines Emissionshandels oder einer CO₂-Steuer ist nicht zu rechnen. Vermutlich wird eher der förderbasierte Ansatz zur Incentivierung von Klimaschutz-Investitionen fortgesetzt und regulatorische Vorgaben weiterentwickelt.

Steuerpolitisch ist nicht zu erwarten, dass die unter Trump eingeführten Steuersenkungen, die 2026 verlängert werden müssten, von einer Harris-Administration in vollem Umfang fortgesetzt werden würden. Dies

gilt insbesondere für die Bereiche, die besonders wohlhabende Steuerzahler entlasten. Biden hatte angekündigt, dass Bürger mit einem Einkommen von unter 400.000 Dollar keine höheren Steuern zahlen müssten. Die obersten Einkommensklassen müssten gleichwohl mit höheren Steuern rechnen. Harris würde diesen steuerpolitischen Kurs vermutlich fortsetzen. Mit dem IRA wurde bereits eine Mindestbesteuerung eingeführt. Mit zusätzlichen Steuereinnahmen könnten politisch gewünschte Zusatzausgaben finanziert werden, ohne die Verschuldung noch weiter bzw. noch schneller zu erhöhen.

Sicherheit

Die Sicherheitspolitik unter Biden/Harris ist kooperativ und verlässlich. Harris gilt außenpolitisch als weniger erfahren, zugleich aber als starke Unterstützerin der Ukraine. Die Nato und die gemeinsame Verteidigungsverpflichtung wurden in den letzten vier Jahren an keiner Stelle infrage gestellt. Auch die Unterstützung der Ukraine war umfangreich und wurde nur durch die republikanische Opposition verzögert. Wie auch ihre Vorgänger legt die Biden/Harris-Administration Wert auf ein stärkeres finanzielles Engagement und eine Stärkung der militärischen Fähigkeiten der europäischen Nato-Länder. Mit Blick auf China herrscht in den USA eine weitgehende parteiübergreifende Einigkeit, die eine strikte Linie und eine selbstbewusste Interessenvertretung kennzeichnet.

4 Szenario Trump

Auch im Fall von Donald Trump kann auf die Erfahrungen der ersten Amtszeit zurückgegriffen werden, um Erwartungen für die Politik in einer möglichen zweiten Amtszeit zu bilden. Auch hier stehen Aussagen des Kandidaten und die Ausführungen auf der Kampagnenwebsite zur Verfügung. Wie bedeutungslos hingegen die offiziellen Plattformen (Wahlprogramme) sind, zeigt allein die Tatsache, dass es von Trump und den Republikanern zur letzten Wahl kein entsprechendes Programm gab. Ungewöhnlich ist in diesem Fall das starke Engagement konservativer Think Tanks, die versuchen, Pläne für die zukünftige Politik einer zweiten Trump-Administration zu formulieren. Hier hat sich die Heritage Foundation (2023) hervorgetan, die im Rahmen ihres „Projects 2025“ ein gut 900 Seiten langes Dokument mit Politikvorschlägen vorgelegt hat. Neben der inhaltlichen Vorbereitung gehört zu dem Projekt auch die Vorauswahl von Kandidaten, die im Falle einer Regierungsübernahme schnell in die Administration wechseln und die konservative Agenda vorantreiben könnten.

Eine zweite Amtszeit wäre sicher besser vorbereitet als die erste. Der Wahlsieg 2016 kam so überraschend, dass über Monate hinweg wichtige Positionen nicht besetzt werden konnten. Auch die inhaltliche Planung fehlte. In einer zweiten Amtszeit würde eine sehr viel größere Anzahl von Stellen durch Trump-Getreue besetzt werden. Fachlicher Widerspruch und mäßigende Einflussnahme dürften seltener werden als in den ersten Jahren. Damit wird neben der inhaltlichen Zielsetzung der Präsidentschaft auch die Persönlichkeit des Präsidenten noch wichtiger. Jenseits der Vermutung der Rachemotive gegen Gegner in Politik, Administration und Justiz ist zu erwarten, dass die Politik sprunghaft und unberechenbar sein wird. Trump wird nachgesagt, dass er Dinge persönlich nimmt und seine Politik diesen Impulsen folgt. Gleichzeitig hat er sich immer als Deal-Maker positioniert. Für welchen persönlichen und politischen Preis politische Positionen und Ziele

eingetauscht werden, ist damit kaum vorhersehbar. Eine neue Trump-Administration wäre höchstwahrscheinlich durch kurzfristiges, taktisches Agieren (mit langfristigen Konsequenzen) und weniger durch strategische Weitsicht und Geduld geprägt.

Handel

Für Donald Trump sind Zölle das zentrale Element der Handelspolitik. Die Einführung von Zöllen war schon vor seiner ersten Präsidentschaft eine konstante Forderung. Die Zollandrohung ist so typisch für ihn, dass ihm auch die Bezeichnung „Mr. Tariffs“ gegeben wurde. Die zentrale handelspolitische Logik geht von einem bilateralen Handelsdefizit aus, das als Übervorteilung der USA angesehen wird. Ein Handelsdefizit wird mit einem Verlust gleichgesetzt (Trump, 2023a). Dieser vermeintliche Verlust soll dann durch Zölle ausgeglichen werden, die von den Exporteuren zu zahlen sind. Dabei wird Handel als Nullsummenspiel betrachtet, bei dem der eine Partner gewinnt und der andere verliert. Dass Handel vorteilhaft für beide Seiten ist, passt nicht in dieses Weltbild. Ebenso geht der Blick auf die bilaterale Handelsbilanz fehl. Der vermeintliche Verlust ist also kein Verlust. Die Beschränkung des Handels reduziert auch für die USA die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung. Auch ist die Vorstellung falsch, die Zölle seien nur von den Exporteuren zu zahlen. Auch die Importeure oder heimischen Verbraucher tragen einen Teil der Kosten – so werden beispielsweise höhere Autozölle in den USA auch dortige Autokäufer finanziell belasten (Lovely et al, 2018).

Im konservativen Lager streiten jedoch zwei Sichtweisen: der Protektionismus der MAGA-Republikaner dominiert dabei gegenüber den klassischen freihändlerischen Reagen-Republikanern. Auch im Project 2025 finden sich diese Positionen: Während Peter Navarro, der als Leiter des National Trade Council die Handelspolitik im Weißen Haus unter Donald Trump koordiniert, für eine isolationistische, der Nullsummenlogik folgende Handelspolitik plädiert (Heritage Foundation, 2023, 765 ff.), beschreibt Kent Lassman, CEO des konservativ-libertären Competitive Enterprise Institute die gegenteilige Freihandelsposition (ebenda, 796 ff.). Allein dieser fundamentale Gegensatz zeigt, dass auch diese Leitlinien für die Regierungsübernahme die Widersprüche im rechten und konservativem Lager nicht auflösen und es damit nicht als eindeutiger Prädiktor für eine zukünftige Trump-Politik dienen kann.

Im Falle einer zweiten Amtszeit wäre erneut mit einer aggressiven Handelspolitik zu rechnen. Wie diese genau aussieht, bleibt unberechenbar. Bestimmte Strukturen sind aber aus den Erfahrungen abzuleiten, sodass eine entsprechende Vorbereitung möglich ist. Dazu gehört die – gerne auch überraschende – Drohung mit der starken Erhöhung von Zöllen für einzelne Länder oder Güter. Dies wird besonders die Länder treffen, die gegenüber den USA ein Handelsbilanzüberschuss aufweisen. Dies ist zwar das Ergebnis der auch für die USA vorteilhaften internationalen Arbeitsteilung, wird aber von Trump als eine Art von Diebstahl interpretiert. Handelspolitische Drohungen werden auch aufgebaut, um andere wirtschaftliche oder politische Ziele zu erreichen. Ob diese dann realisiert werden oder die Drohungen wirksam sind, hängt sowohl von Gegenangeboten wie auch von Gegendrohungen ab. So konnte beispielweise EU-Kommissionspräsident Juncker 2018 Zölle durch Zusagen für den Import von Soja und Flüssiggas abwenden. Ein Nachgeben führt im Zweifel nur zu weiteren Forderungen. Dies gibt aber der EU auch die Möglichkeit, Schaden abzuwenden und zu „Deals“ zu kommen, die Ergebnis harter Verhandlungen sind. Die üblichen Verhandlungsgewohnheiten der New Yorker Immobilienbranche scheinen hier eine gute Orientierung zu geben, was zu erwarten ist und wie reagiert

werden kann. Es ist nicht damit zu rechnen, dass bestehende Bindungen oder langfristig strategische Überlegungen bei Verhandlungen mit einer Trump-Administration eine besondere Wirkung entfalten.

Insofern spielen auch multilaterale, regelgebundene Ansätze für Trump keine erkennbare Rolle. Die bilaterale Fokussierung, die Betonung von unilateraler Macht zur Interessendurchsetzung und die systematische Ablehnung von fast allem, was die USA bindet, bedeutet eine Geringschätzung oder gar Ablehnung internationaler Institutionen und regelgebundener Systeme. Diese erscheinen nur dann als akzeptabel, wenn sie US-Politiken nicht widersprechen oder gegen US-Interessen urteilen. Damit ist sogar ein symbolträchtiger Ausstieg aus multilateralen Institutionen denkbar. Beispielsweise könnte die WTO fundamental geschwächt werden, weit über die bisherige Blockade der Nachbesetzung von Richtern hinaus. Auch wäre damit zu rechnen, dass etablierte Verhandlungsformate an Bedeutung verlieren oder beendet werden. So könnten die konstruktiven Gespräche im Rahmen des Trade and Technology Council (TTC) zurückgefahren oder beendet und durch spontane und stärker auf Machtdurchsetzung – bis hin zu Drohungen nahe der Erpressung – ersetzt werden (Brattberg, 2024).

Konkret wird die protektionistische Politik bei der Forderung nach Zollerhöhungen, die im Wesentlichen mit bilateralen Handelsdefiziten begründet werden. Trump selbst spricht davon, einen „Ring um das Land“ (Trump, 2024) zu erreichen, also einen protektionistischen Schutzwall zu schaffen. Im Gespräch ist ein Zoll auf alle Importe in Höhe von 10 Prozent, bei China ist von 60 Prozent die Rede. Aber selbst diese Werte werden im ungefähren gehalten (ebenda), sodass andauernde Unsicherheit über mögliche Initiativen besteht. Die ökonomischen Kosten wären erheblich und würden auch die USA selbst treffen (Clausing/Lovely, 2024; Obst et al, 2024). Für die USA wäre in den ersten vier Jahren ein BIP-Verlust in Höhe von 580 Milliarden Dollar zu erwarten (Obst et al, 2024), bei chinesischen Gegenmaßnahmen sogar 960 Milliarden Dollar. Der negative Effekt dürfte in den ersten Jahren mit bis zu 1,4 Prozent BIP-Verlust aufgrund der damit verbundenen Unsicherheiten besonders hoch sein. Für Deutschland, das mit seiner international stark verflochtenen Volkswirtschaft vom Protektionismus besonders betroffen wäre, läge der Verlust bei 123 bis 146 Milliarden Euro, wobei der BIP-Abstand auf 1,2 bis 1,4 Prozent ansteigt. Das globale Bruttoinlandsprodukt würde durch neue Trump-Zölle um gut 1 Prozent niedriger ausfallen.

Wirtschaftspolitik

In der Wirtschaftspolitik knüpft Trump an die traditionelle republikanische Agenda aus Deregulierung und Steuersenkungen für Unternehmen (und Gutverdienende) an. Dies folgt dem Prinzip der „Trickle-Down-Economics“. Die von ihm selbst in seiner ersten Amtszeit durchgesetzten Steuersenkungen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit fortgeführt, weitere Schritte sind ebenfalls denkbar. Die Idee, Steuersenkungen durch Zölle zu finanzieren oder gleich die ganze Einkommensteuer durch Zölle zu ersetzen, sind nicht realistisch. Gleichzeitig ist nicht damit zu rechnen, dass die hohen Ausgaben für den Inflation Reduction Act vorzeitig nennenswert zurückgefahren werden. Dazu sind die einzelnen mit diesen Mitteln finanzierten Projekte auch in republikanisch dominierten Regionen zu populär. Damit droht das staatliche Haushaltsdefizit weiter anzusteigen. In Anbetracht der Geringschätzung unabhängiger Behördenentscheidungen, könnte auch der Druck auf die Federal Reserve Bank zu nehmen, dies durch eine Politik niedriger Zinsen zu stützen.

In der Energiepolitik setzt Trump eindeutig auf heimisch geförderte fossile Energiequellen. Mit ihnen soll sichergestellt werden, dass die USA die günstigsten Energiepreise der Industrienationen haben (Trump, 2023b). Beschränkungen, die die Biden/Harris-Administration aus Klima- und Umweltschutzgründen eingeführt hat, dürften schnell wieder aufgeweicht werden. Mit einer verstärkten heimischen Förderung und einem höheren Energieangebot dürften niedrigere Preise und damit eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der energieverbrauchenden Energie in den USA einhergehen. Gleichzeitig ist mit einem verstärkten Export von Energierohstoffen zu rechnen.

In der Klimapolitik ist mit einem erneuten Rückschritt zu rechnen. Ansätze wie ein Green Deal werden kategorisch abgelehnt. Dies gilt gleichermaßen für den Ausbau erneuerbarer Energien oder die Förderung von Elektrofahrzeugen. Eine Bepreisung von Treibhausgasemissionen nach europäischem Vorbild (Bardt, 2024a) ist geradezu undenkbar. Ein internationaler Anspruch der USA im Klimaschutz dürfte ebenso wenig formuliert werden wie signifikante interne Maßnahmen. Auch umweltpolitisch würden die Zeiten in einer zweiten Amtszeit Trumps auf Deregulierung stehen. Die Umweltbehörde EPA würde an Eigenständigkeit und Durchschlagskraft verlieren.

Die generelle Linie von Deregulierung und niedrigen Steuern liegt nahe an der klassischen Linie der republikanischen Partei. Sie findet in der Business-Community durchaus Zustimmung. Hier scheinen die Sorgen vor einer zweiten Trump-Präsidentschaft auch kleiner zu sein als in anderen Teilen der Gesellschaft. Gleichzeitig wirkt der linke Flügel der Demokraten für diese Gruppe tendenziell abschreckend. Auch für internationale Unternehmen, die mit Produktionsstätten in den USA präsent sind, würde eine Politik der aggressiven Handelspolitik weniger schwer ins Gewicht fallen als für die Unternehmen, die ihre Güter primär exportieren.

Sicherheit

Unberechenbarkeit prägt auch die mögliche sicherheitspolitische Ausrichtung einer zweiten Trump-Amtszeit. Seine Ausführungen sind von einer sehr China-kritischen Rhetorik geprägt. Die Drohung mit Zöllen muss ernstgenommen werden. Auch mit verschärften Ausfuhrkontrollen wäre zu rechnen. Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass Trump sich von einer Ausstrahlung der Stärke und von Macht angezogen fühlt und er hier seine Rolle als Deal-Maker darstellen kann. Insofern ist auch ein schneller – aber nicht unbedingt vorteilhafter – Deal mit Diktatoren denkbar. Damit stellt sich die Frage, wie glaubwürdig beispielsweise die militärische Unterstützung Taiwans im Falle einer Invasion durch China wäre. Ebenso bestehen Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Artikels 5 der Nato im Fall eines konventionellen oder hybriden Angriffs Russland oder von Russland gesteuerter Kräfte auf eines der östlichen Nato-Mitglieder. Diese werden durch Trump-Aussagen, dass Nato-Mitglieder nicht verteidigt werden würden, die ihren finanziellen Beitrag nicht leisten. Eine solche Unsicherheit kann geradezu als Einladung an die militärisch expansiven Diktatoren aufgefasst werden, die tatsächlichen Grenzen auszutesten.

Gerade für Europa sind die sicherheitspolitischen Unsicherheiten kritisch. Für die Schwächung der Verteidigungsfähigkeit ist kein Austritt aus der Nato notwendig, es reicht die Unterminierung der Glaubwürdigkeit der gemeinsamen Verteidigung aller Verbündeten. Dabei haben die europäischen Länder inklusive Deutschlands mit den lange Zeit niedrigen Verteidigungsausgaben Grund zur Kritik geliefert, die nicht von Trump begonnen, aber massiv verstärkt wurde. Erst im Zuge der Zeitenwende wird nun das 2 Prozent-Ziel von

Deutschland erreicht. Dies muss aber glaubwürdig weiter gesichert werden (Bardt, 2024b). Dabei geht es Trump aber nicht allein um Geld, sondern um eine aus seiner Sicht fairere Lastenteilung. Daher muss zu der verlässlichen Einhaltung der Budgetzusagen auch eine Stärkung der europäischen Fähigkeiten kommen, damit die amerikanische Unterstützung im Konfliktfall weniger stark gebraucht wird.

Konkret manifestieren sich die sicherheitspolitischen Bedenken in der fehlenden Unterstützung Trumps für die Ukraine. Die geringe Bereitschaft unter Republikanern, der Ukraine mit Geld und Waffen zu helfen, hat schon im Jahr 2024 zu erheblichen Verzögerungen gesorgt. Hier ist mit einer deutlichen Reduktion und damit einer Schwächung der Ukraine zu rechnen. Auch die Ankündigung Trumps, den Krieg in kurzer Frist zu beenden, deutet auf die Bereitschaft zu erheblichen Zugeständnissen dem Aggressor gegenüber hin. Dies würde die Sicherheitslage Europas zusätzlich schwächen.

5 Risiko Übergang

Neben dem Wahlergebnis selbst kann auch der Übergang erneut kritisch werden. Wie schwierig dieser sein kann, haben die auf der Behauptung der gestohlenen Wahl folgenden Angriffe auf das Kapitol am 6. Januar 2021 gezeigt. Dabei ist der friedliche Übergang der Macht von einer Partei auf die andere Kernelement einer demokratischen Ordnung. So ist im Vereinigten Königreich der neue Premierminister bereits am Tag nach der Wahl ernannt worden. In den USA dauert dieser Prozess auch aufgrund des indirekten Wahlmannersystems bis zur Amtsübergabe am 20. Januar, zweieinhalb Monate nach der Wahl.

Der lange Zeitraum zwischen Wahl und Amtseinführung nimmt einem abgewählten Präsidenten einen Teil der Legitimation des Handelns. Dies würde im Fall einer Wiederwahl Trumps bedeuten, dass Biden bereits im November an Handlungsfähigkeit verliert. Kritischer ist aber der umgekehrte Fall, wenn ein demokratischer Präsident gewählt wird und das Ergebnis von Trump und seinen Anhängern nicht anerkannt wird. Im Gegensatz zu 2020 liegt die administrative Hoheit über den Prozess zwar bei den Demokraten, die dann kein Interesse an einer Gefährdung des Verfahrens hätten. Durch verzögerte Auszählungen, massenweise Gerichtsprozesse, gewalttätige Prozesse oder parteiisches Vorgehen von Wahlverantwortlichen auf States-Ebenen kann es dennoch zu einer Legitimationskrise einer nicht anerkannten Wahl kommen. In diesem Übergangszeitraum könnte die volle Aufmerksamkeit der USA auf die innenpolitischen Probleme fokussiert sein, was von außenpolitischen Provokateuren ausgenutzt werden könnte.

Aber auch längerfristig kann die Handlungsfähigkeit eingeschränkt sein. Dies gilt, wenn der Präsident mit einer Mehrheit der anderen Partei in Senat oder Repräsentantenhaus umgehen muss und diese zu keinem konstruktiven Ansatz der Zusammenarbeit bereit ist. Dies würde die Blockadesituation der letzten Jahre verlängern und den Präsidenten zur Nutzung von Executive Orders zwingen. Dieses Szenario ist bei einer Wahl Harris' durchaus wahrscheinlich, bei einer Wiederwahl Trumps durchaus möglich. Langfristig schädlich wäre auch die unter Trump befürchtete Schwächung der Institutionen. Dies gilt insbesondere für das unabhängige Justizsystem, aber auch für die Umweltbehörde oder die Notenbank. Der Tiefe Graben innerhalb der amerikanischen Gesellschaft wird als dauerhaftes politisches Risiko bleiben und die USA daran hindern, ihr Potenzial als Führungsmacht der freien Welt auszufüllen.

6 Wie muss sich Europa aufstellen?

Europa steht angesichts der Wahlen in den USA in einer geopolitisch unsicherer gewordenen Situation vor erheblichen Herausforderungen. Der Krieg Russlands in der Ukraine bedroht die europäische Sicherheit, das Aufstreben autoritärer Systeme und die zunehmende wirtschaftliche und politische Macht Chinas fordern die liberale Ordnung heraus. Die multilaterale und regelgebundenen Struktur der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die für die Erfolge der Globalisierung der letzten Jahrzehnte verantwortlich war, wird massiv infrage gestellt. In dieser Situation ist der Schulterschluss der marktwirtschaftlichen Demokratien essenziell, um die freiheitlichen Werte im wirtschaftlichen Austausch, aber auch weit darüber hinaus verteidigen zu können.

Mit einer Präsidentschaft unter Kamala Harris oder einem anderen Demokraten sind die Voraussetzungen gut, dieses Bündnis weiterentwickeln zu können. Natürlich bleiben klar amerikanische Interessen im Blick, die Demokraten setzen aber gleichwohl auf multilaterale Ansätze und einen Ausgleich der Interessen. Die bisherige Biden/Harris-Politik war international kooperativ und sicherheitspolitisch verlässlich. In der Handelspolitik vertreten sie eine gemäßigt-protektionistische Linie. Für die Europäische Union wäre eine Fortsetzung der demokratischen Präsidentschaft der weitaus einfachere Weg, gemeinsam Kooperationsvorteile zu realisieren.

Für den Fall einer zweiten Präsidentschaft Trump müsste sich Europa deutlich anders aufstellen. Eine Investition der USA in internationale Kooperation ohne direkte und kurzfristige Vorteile für die USA wäre kaum vorstellbar. Statt auf multilaterale Zusammenarbeit und ein generelles Wohlwollen kooperativer Ansätze zu bauen, muss sich Europa auf aggressive bilaterale Verhandlungen mit sehr kurzfristiger Nutzenperspektive einstellen. Die EU-Länder müssten sich in dem Fall endgültig eingestehen, dass die multilaterale Ordnung, die nach dem Ende des kalten Krieges entstanden ist, nicht mehr als verlässlich angesehen werden kann. Es kann zwar Phasen mit US-Regierungen geben, in denen die Regelbasierung größeres Gewicht hat. Für eine Regierung Trump wird dies aber nicht gelten. Das bedeutet aber auch, dass die EU gegebenenfalls Lösungen jenseits der bestehenden Regelsystemen akzeptieren muss. Zwar sollte auf die Priorität und prinzipielle Gültigkeit dieser Regeln hingewiesen werden. Sich allein daran zu binden, dürfte nicht immer möglich und sinnvoll sein.

Die EU muss sich auf eine strikt bilaterale Politik der USA einstellen. Sollte doch eine multilaterale und regelbasierte Kooperationslösung zur Beilegung von Interessengegensätzen möglich sein, kann die EU jederzeit in diese präferierte Logik zurückwechseln. Aber der schwierigere Fall, in denen das nicht möglich ist und die EU oder einzelne Mitgliedsstaaten plötzlich von aggressiven Forderungen aus Washington ohne Kooperationsperspektive konfrontiert sind, muss vorbereitet werden. Dies bedeutet, dass drei Schritte für eine gute taktische Verhandlungsposition gegangen werden müssen:

- Europa muss für sich klare Prioritäten definieren: Was ist besonders wichtig, wo können Kompromisse gemacht werden. Besonders wichtig ist beispielsweise die Nato-Unterstützung, andere Themen der internationalen Kooperationen haben eine geringere Bedeutung. Mit Blick auf potenzielle Handelskonflikte müssen industriepolitische Prioritäten definiert werden, was mit Blick auf die unterschiedliche Branchenstruktur innerhalb der EU-Mitgliedsländern nicht leicht ist.

- Europa muss Angebote entwickeln, um kompromissfähig sein zu können. Dazu gehören beispielsweise militärische Mehrausgaben oder erweiterte Funktionsübernahmen im Nato-Kontext. Auch handelspolitisch können Gegenangebote und Kompromissvorschläge erarbeitet werden. Diese dürfen aber erst im Streitfall auf den Tisch gelegt werden. Es kann daher notwendig werden, Maßnahmen, die für die USA interessant sein könnten, aber auch aus europäischer Sicht vorteilhaft sind, so zurückzuhalten. Mit der Selbstschädigung durch die Verzögerung beiderseitig vorteilhafter Maßnahmen können größere Schäden zukünftiger Konflikte verhindert werden.
- Europa muss Gegenpositionen entwickeln. So können beispielsweise Zolldrohungen mit der Ankündigung schmerzhafter europäischer Zölle für US-Einfuhren beantwortet werden. Genau für solche Fälle ist von der EU mit dem Anti-Coercion Instrument ein neuer Rechtsrahmen geschaffen worden. Je kleiner die Bedeutung dieser Produkte für Europa ist und je fokussierter die Produktion in den Wahlkreisen führender republikanischer Politiker sind, desto größer kann die Wirkung sein. Damit würde ein Handelsstreit zügig eingedämmt. Die zeitweisen angedrohten Zölle für Motorräder und Whiskey im Streit um Zölle auf Stahl und Aluminium sind hierfür ein Beispiel.

Die mögliche Wiederwahl Donald Trumps als US-Präsident würde Europa vor große Herausforderungen stellen. Die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios ist so hoch, dass sie die EU und die Mitgliedsstaaten darauf einstellen müssen. Während die Biden/Harris-Administration die Bedeutung multilateraler und regelgebundener Systeme zum wechselseitigen Vorteil anerkennt, wäre bei einer Trump-Administration mit konfliktreichen bilateralen Verhandlungen zu rechnen, in denen der kurzfristige individuelle Vorteil der USA im Fokus des Interesses steht. Europa kann sich darauf vorbereiten. Dafür müssen strategische und taktische Kompromisse eingegangen werden – von der Depriorisierung von Themen der internationalen Kooperation über die Verzögerung von Projekten zum wechselseitigen Vorteil bis hin zur industriepolitisch priorisierten Drohung mit Zöllen. All dies gehört nicht zur auf multilaterale Kooperation ausgerichteten Grundhaltung der Europäischen Union, dürfte aber in einer zweiten Trump-Administration notwendig werden.

7 Abstract

A few months before the presidential election in the USA, Donald Trump has a good chance of being re-elected. On the Democratic side, the incumbent president has withdrawn his candidacy after a long period of hesitation, while Vice President Kamala Harris is highly likely to run for the Democrats. This means very different policy scenarios for economic policy and international policy issues that are particularly relevant for Europe.

Conclusions about future economic policy can be drawn from the experiences of the two terms of office of Trump and Biden/Harris. While Trump focused on tax cuts and deregulation, Biden/Harris set up a broad support program with the Inflation Reduction Act. It can be assumed that both policy approaches would be continued or reintroduced in a second term of office and that Kamala Harris would continue the policies of the previous administration in principle. Although the Inflation Reduction Act would not be replaced by a new program of a similar dimension, it would not be completely abolished under either president. The investments financed by the program are also too popular among Republicans. There would be considerable differences in tax policy. Under a Democratic presidency, parts of Trump's tax cuts would not be extended, especially for the highest earners. Under Trump, the policy of tax cuts and further deregulation - also and especially with regard to climate and environmental requirements - would be continued. International commitments regarding climate targets would be as unlikely as a more ambitious domestic climate policy. On the contrary, he has announced the expansion of fossil fuels with the aim of supplying energy as cheaply as possible. Looking at the economic development of the respective terms of office, no clear result can be derived. Trump's economic record was most recently characterized by the coronavirus crisis, while an impressive recovery process has begun under Biden/Harris.

For Europe, an election of the current Vice President Harris would essentially be a continuation of previous policies. No major trade policy initiatives are to be expected, but no erratic tightening either. Biden's and Harris' policies can be characterized as moderately protectionist. Their principled support for multilateral, rules-based cooperation is only partially effective. Harris would probably not seek any new free trade agreements as president either. She would probably continue her current policy of advocating greater diversification of supply chains and a common stance of the free West towards China. There are good starting points for cooperation with the European Union (EU) here.

A second Trump term, on the other hand, would be characterized by unpredictability, aggressiveness and increased protectionism. Both European security and Europe's foreign trade orientation would face major challenges in this case. He would use tariffs as a means of exerting pressure in order to achieve short-term advantages for the USA and would disregard or even abandon multilateral regulatory systems and institutions. Trump has threatened to erect a protectionist wall around the USA. Europe would also have to reposition itself in terms of security policy if the protection provided by NATO were to be weakened.

Europe must prepare itself, especially in the event of Donald Trump's re-election. This includes setting clear priorities in order to know where concessions can and cannot be made. Open flanks such as the justified criticism of insufficient defense spending must be closed quickly. In addition, offers must be prepared and withheld, even if the measures would be advantageous on their own. And finally, counter-positions must be

developed to respond to customs threats, for example. European interests can only be safeguarded with a deal-maker President Trump by taking a clear position.

Literatur

Bardt, Hubertus, 2024a, CO₂-Bepreisung und Industriepolitik, in: Wirtschaftsdienst, 104. Jahrgang, Heft 5. S. 306–309

Bardt, Hubertus, 2024b, Keine Zeitenwende im Verteidigungshaushalt, in: Knut Bergmann / Matthias Diermeier (Hg.), Transformationspolitik. Anspruch und Wirklichkeit der Ampel-Koalition, transcript Verlag, Bielefeld, S. 367–374

Bardt, Hubertus / Kolev, Galina, 2020, Biden versus Trump – Positionen in der Handels-, Wirtschafts- und Klimapolitik, IW-Policy Paper, Nr. 16, Köln

Brattberg, Erik, 2024, Adaptation or Atrophy? The U.S.-EU Trade and Technology Council Post-2024, Bertelsmann Stiftung Transatlantic Expert Group, #2024.02, Gütersloh

Clausing, Kimberly A. / Lovely, Mary E., 2024, Why Trump's Tariff Proposals Would Harm Working Americans, Petersen Institute for International Economics Policy Brief 24-1, Washington DC

Consensus Economics, 2024, Consensus Forecast, G7 and Western Europe, June 2024, London

FiveThirtyEight, 2024, Who Is Favored To Win The 2024 Presidential Election? projects.fivethirtyeight.com/2024-election-forecast/

Heritage Foundation, 2023, Mandate for Leadership – The Conservative Promise, Washington DC

Kunath, Gero / Matthes, Jürgen / Obst, Thomas, 2022, Biden's economic agenda risks mid-term elections. An analysis of Biden's economic agenda and its effects on the American economy, IW-Report, Nr. 59, Köln / Berlin

Lester, Simon, 2020, Kamala Harris on Trade Policy, CATO Institute Liberty Blog, www.pbs.org/newshour/politics/what-does-kamala-harris-believe-where-the-candidate-stands-on-9-issues

Lovely, Mary E. / Jung, Euijin / Cohen-Setton, Jérémie, 2018, Vehicular Assault: Proposed Auto Tariffs Will Hit American Car Buyers' Wallets, Petersen Institute for International Economics Policy Brief 18-16, Washington DC

Matthes, Jürgen, 2024, Strategische Autonomie und wirtschaftliche Sicherheit effizient erreichen. Kriterien für wirtschaftspolitische Maßnahmen zum Abbau kritischer Importabhängigkeiten, IW-Policy Paper, Nr. 3, Köln

Obst, Thomas / Matthes, Jürgen / Sultan, Samina, 2024, What if Trump is re-elected? Trade policy implications, IW-Report, Nr. 14, Köln

PBS News, 2019, What does Kamala Harris believe? Where the candidate stands on 9 issue, 21. Januar 2019, www.pbs.org/newshour/politics/what-does-kamala-harris-believe-where-the-candidate-stands-on-9-issues

Politico, 2024, How Kamala Harris' platform could differ from Joe Biden's, 21.7.2024, www.politico.com/interactives/2024/kamala-harris-joe-biden-platforms/

Swanson, Stacy A., 2019, Parsing Kamala Harris' Trade And Foreign Policy Views. Washington, www.squire-pattonboggs.com/-/media/files/insights/publications/2020/08/parsing-kamala-harris-trade-and-foreign-policy-views/parsing-kamala-harris-trade-and-foreign-policy-views.pdf

Trump, Donald, 2023a, Agenda47: Cementing Fair and Reciprocal Trade with the Trump Reciprocal Trade Act, Kampagnen-Video, www.donaldjtrump.com/agenda47/agenda47-cementing-fair-and-reciprocal-trade-with-the-trump-reciprocal-trade-act

Trump, Donald, 2023b, Agenda47: America Must Have the #1 Lowest Cost Energy and Electricity on Earth, Kampagnen-Video, www.donaldjtrump.com/agenda47/agenda47-america-must-have-the-1-lowest-cost-energy-and-electricity-on-earth

Trump, Donald, 2024, Full Transcripts of Donald Trump's Interviews With TIME, time.com/6972022/donald-trump-transcript-2024-election/